

Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel.

Die gestrige Sitzung eröffnete der Vorsitzende, Vizepräsident Ritschelt, mit folgender Ansprache: „Übermals stehen wir unter dem Eindrucke der Nachrichten über einen großen Sieg, den unsere und des verbündeten Deutschen Reiches ruhmvolle Armeen auf dem russischen Kriegsschauplatz errungen haben. Brest-Litowsk, eines der wichtigsten Bollwerke Rußlands, ist seit gestern in der Hand der verbündeten Truppen. Das Genie der Führer und der unvergleichliche Heldennut der Offiziere und Mannschaften haben einen in der Weltgeschichte einzig dastehenden Siegeszug ermöglicht, und wir alle im Hinterlande, insbesondere auch die Vertreter der wirtschaftlichen Korporationen, begrüßen voll heißen Dankes und unbegrenzter Bewunderung diese unvergleichlichen Leistungen. Lassen Sie mich unserer Freude und unserem Stolz über die großartigen Erfolge der verbündeten Armeen Ausdruck geben und lassen Sie mich auch die feste Zuversicht aussprechen, daß diese eisernen Heere uns bald den dauernden und ehrenvollen Frieden erringen mögen.“ Die Versammlung begleitete diese Worte mit stürmischem Beifall. Das Permanenzkomitee beschäftigte sich sodann mit einem Gesetzentwurf betreffend die Bekämpfung des Provisionsunwesens und erachtete die Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Eingreifens auf diesem Gebiete derzeit als nicht gegeben.

Das Komitee beschloß ferner mit Rücksicht auf vorliegende Informationen, welche das generelle Moratorium für Galizien nicht mehr sachlich begründet erscheinen lassen, bei der Regierung wiederholt die Aufhebung dieses Moratoriums, und zwar auch in den vom Feinde nunmehr frei gewordenen Gebietsteilen bei Einräumung der Möglichkeit der richterlichen Stundung zu beantragen.

Zusolge der Anregung einer kaufmännischen Korporation wurde der Beschluß gefaßt, Erhebungen darüber zu pflegen, ob sich nicht mit Rücksicht auf den Ablauf des allgemeinen Moratoriums die Aufhebung der Verordnung über die Einführung einer Geschäftsaufsicht empfehle, da die Geschäftsaufsicht vielfach zur Verdeckung von Insolvenzen führe und beim Bestande der neuen modernen Konkursgesetze entbehrlich erscheinen könnte. Schließlich wurde die Kohlen- und Fuhrwerksfrage in Wien eingehend besprochen.